

„Wo sollen unsere Kinder einmal arbeiten?“

Streik gegen Entlassungen bei Siemens-Bruchsal

Mittwoch, 10. November. Um 9 Uhr teilt die Geschäftsleitung von Siemens-Bruchsal, Nachrichtentechnik, (zwischen Karlsruhe und Heilbronn gelegen) dem Betriebsrat mit, daß zum 1.1.77 im Werkzeugbau 33 und in der Schlosserei 38 Arbeiter entlassen werden sollen. Um 11 Uhr ist Abteilungsversammlung. Die Kollegen werden über dieses Vorhaben informiert. Es wird heftig diskutiert. Nach der Mittagspause setzt sich die Diskussion in der Abteilung fort. Es bilden sich Gruppen, die Gruppen werden größer. Kurz vor 14 Uhr beginnen die Werkzeugmacher durch den Betrieb zu ziehen, zur Schlosserei. Unterwegs schließen sich Kollegen aus anderen Abteilungen an. Vor dem Verwaltungsgebäude spricht der 1. Bevollmächtigte der IGM Bruchsal. Er fordert die 3-400 Kollegen zunächst auf, die blockierte Straße zu räumen, dann erklärt er ihnen, daß die IGM hinter ihnen steht. In Gesprächen äußern die Kollegen ihre Angst vor einem *"langsamen Sterben"* des Werks. *"Einige von uns können vielleicht noch einen neuen Arbeitsplatz kriegen. Aber wo sollen unsere Kinder einmal arbeiten?"* Der Vorschlag, in die Innenstadt zu marschieren, setzt sich nicht durch. Nach einer Stunde ist die Aktion beendet.

Am nächsten Morgen wird bekannt, daß eine jugoslawische Kollegin - aktive Vertrauensfrau - wegen ihrer Teilnahme am spontanen Streik vom Vortag entlassen werden soll. Begründung: Sie sei gegen eine andere Kollegin *"tätlich"* geworden, als diese sie beschuldigt habe, sie hätte den Hauptschalter abgeschaltet. Diese Frau widerrief später ihre Aussage. Als die Werkzeugmacher und Schlosser von dieser Kündigung hören, ziehen sie (ca. 600) vor das Betriebsratszimmer. Sie fordern die Rücknahme der Kündigung sowie die Entlassung des Meisters der Abteilung, in der die Kollegin arbeitet. Er soll die andere Frau zur Beschwerde *"überredet"* haben ... Nach und nach schließt sich den Demonstranten fast die gesamte Belegschaft (ca. 3200) an. Der Demonstrationszug zieht zum Rathaus. Transparente werden mitgetragen, Sprechchöre rufen: *"Sichert unsere Arbeitsplätze", "Wenns um Arbeitsplätze geht: Solidarität!"*

Vor dem Rathaus findet die Kundgebung statt. Am Schluß seiner Rede sagt der 1. Bevollmächtigte, Werner Holzwarth: *"Wir verlassen uns nicht mehr auf Worte - wir wollen endlich Taten sehen."* Ob allerdings sein Apell: *"Wir erwarten, daß die*

Firma Siemens Verantwortung zeigt gegenüber dieser Region und ihre Geschäfts- und Personalpolitik so ausrichtet, daß die Kollegen weiterhin ihren Arbeitsplatz behalten", muß bezweifelt werden. Dies könnte eben doch daran scheitern, "daß *Experten von Siemens ausrechnen, daß irgendwo anders ein bißchen mehr verdient wird*". Im Gegensatz zum Kollegen Holzwarth denken die Unternehmer nämlich nicht "sozial"(-partnerschaftlich). Auf das "Verantwortungsbewußtsein" der Siemens-Herren verlassen sich auch die Kollegen nicht mehr. Es war (und ist) von Werkbesetzung die Rede: "Wenn nichts geschieht, dann bringen wir morgen unsere Schlafsäcke mit", äußerte ein Arbeiter im Anschluß an die Kundgebung.

Bisher wurde nur eine der Forderungen erfüllt: die Rücknahme der Kündigung der jugoslawischen Kollegin. Die beiden anderen: - Bezahlung der Ausfallzeit durch die Streiks, und - Stornierung der vorgesehenen Kündigungen im Werkzeugbau und in der Schlosserei lehnt die Geschäftsleitung ab.

Darüber verhandelt der Betriebsrat am nächsten Tag (Freitag, 12.11.) mit der Geschäftsleitung. Diese erklärt, sie wolle die Lage übers Wochenende "überdenken". Sie lehnt die Bezahlung der ausgefallenen Stunden ab: Wer streike, trage das Risiko selbst. Auch mit der Forderung, die 60 Entlassungen zurückzunehmen, kann sich der Betriebsrat nicht durchsetzen. Während verhandelt wird, verlassen schon wieder 1500 Kollegen den Betrieb, um vor dem Verwaltungsgebäude, in dem Betriebsrat und Geschäftsleitung zusammensitzen, zu demonstrieren und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. In einem Zeitungsinterview, das der Betriebsratsvorsitzende Dieter Unser im Anschluß an die Verhandlungen gibt, meint er: "Kurzfristig gesehen muß Siemens an die moralische Verpflichtung gegenüber seinen Arbeitnehmern erinnert werden!" Ist das nun eine Taktik, um Sympathie bei "moralisch" denkenden Kollegen zu werben, bei solchen etwa, die im Rahmen der "christlichen Soziallehre" oder der sozialdemokratischen "Sozialverpflichtung des Eigentums" denken? Oder glaubt Kollege Unser selbst daran, daß man durch Streik die Unternehmer an ihre "moralische Verpflichtung" und nicht an ihren Geldbeutel erinnert, dessen Inhalt ja durch Arbeitsverweigerung geschmälert wird?

Am 24.11. legen erneut ca. 500 Kollegen, vorwiegend aus Schlosserei und Werkzeugbau (einem getrennten Werksbereich) die Arbeit nieder. Sie veranstalten einen einstündigen Warnstreik. Ob sie sich durchsetzen können wird entscheidend davon abhängen, ob sie es schaffen, die Kollegen aus dem Werksbereich "Nachrichtentechnik" in dem 3900 beschäftigt sind, stärker in den Kampf einzubeziehen.